

Dokumentation

HITLERS VERHANDLUNGEN MIT DER ZENTRUMSFÜHRUNG AM 31. JANUAR 1933

Am Vortage der „Machtergreifung“ waren Versuche des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei – die in dem am 6. November 1932 gewählten Reichstag 90 Abgeordnete (15 v. H.) stellten –, sich in die Verhandlungen um die Regierungsbildung einzuschalten, endgültig gescheitert¹. Papen hatte im Hinblick auf die ihm vorschwebende Kabinettslösung beide Parteien, die zu Unterhandlungen bereit waren, „bewußt ausgeschaltet“². Erst unmittelbar vor dem Empfang der neuen Regierung durch Hindenburg am Vormittag des 30. Januar hatte Hitler zugesagt, „sich unverzüglich mit Zentrum und BVP ins Benehmen zu setzen“³. Die mittags ausgegebene amtliche Mitteilung über die Regierungsbildung schloß mit dem Satz: „Der Reichskanzler wird noch heute Verhandlungen mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei aufnehmen“⁴. Da der Posten des Justizministers im Kabinett nicht besetzt worden war, blieb nach außen hin die Möglichkeit einer Erweiterung der Regierungskoalition, die über 42,3 v. H. der Reichstagsitze verfügte, offen⁵.

Ob im Verlauf einer ersten kurzen Fühlungnahme im Reichstagsgebäude zwi-

¹ Vgl. im einzelnen Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, bes. S. 338 ff. Ferner a. a. O. Karl Schwend, Die Bayerische Volkspartei, S. 478 f. und Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei, S. 574 f. Dazu Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. 2. Aufl. Stuttgart und Düsseldorf 1957, S. 720; Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Köln und Opladen 1960, S. 46 f. Ferner die Bemerkungen über die letzten Tage vor dem 30. Januar bei Carl Schmitt, Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren 1924 bis 1954. Berlin 1958, S. 549 f., 450.

² So Kaas am 1. Februar 1933 an Hitler; vgl. Morsey, Zentrumspartei, S. 342 mit Anm. 18; vgl. „Frankfurter Zeitung“ Nr. 81 vom 31. Januar 1933: Die Verhandlungen seien von Papen „geradezu unter hermetischem Abschluß vom Zentrum“ geführt worden.

³ Vgl. Franz von Papen, Der Wahrheit eine Gasse. München 1952, S. 276. Nach Hans Otto Meissner und Harry Wilde hat Hitler unmittelbar vor der Vereidigung des Kabinetts demgegenüber Hugenberg versprochen, „nach einer Neuwahl [!] auch mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei Verbindung aufzunehmen“. Die Machtergreifung, Stuttgart 1958, S. 190.

⁴ Dieser Satz der amtlichen Mitteilung, die die großen Zeitungen im Wortlaut brachten (vgl. auch Schulthess 1933, S. 31), fehlt bezeichnenderweise in der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 31. Januar.

⁵ Vgl. Papens Telegramm an Graf Galen vom 28. Februar 1933; bei Morsey, Zentrumspartei, S. 343 Anm. 22. Die „Kölnische Volkszeitung“ Nr. 31 vom 31. Januar kommentierte: „Man habe das Zentrum bewußt übergangen, „man wird ohne das Zentrum und die BVP auskommen müssen“. Die „Frankfurter Zeitung“ Nr. 84 vom 1. Februar 1933 schrieb: „Wenn die Presse Hugenbergs heute [31. Januar] feststellt, daß der Platz des Justizministers erst nach den Verhandlungen mit dem Zentrum besetzt werden soll, so hat sie wohl keine Empfindung dafür, daß das darin enthaltene Angebot nicht sehr verlockend erscheinen kann.“

schen Göring und Frick und den Zentrumsvertretern Perlitius und Bell am Nachmittag des 30. Januar (14.30 Uhr)⁶ oder auf anderem Wege dem Zentrum ein Angebot Hitlers übermittelt worden ist, einen Vertreter für die Leitung des Justizministeriums zu benennen, ist noch ungeklärt. Jedenfalls scheint diese Frage in Kreisen der Fraktion zur Sprache gekommen zu sein, ohne daß eine Entscheidung getroffen wurde⁷. Immerhin hatte Bell in der um 15 Uhr beginnenden Sitzung des Ältestenrats eine Mehrheit für eine achttägige Vertagung des Reichstags – der nach einem Antrag der SPD und KPD am folgenden Tage zusammentreten und über ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung abstimmen sollte – gewonnen mit der Begründung, Hitler Gelegenheit zu geben, die Regierungserklärung „in etwas größerer Ruhe“ vorzubereiten; zudem sollten die Parteien, wie der BVP-Fraktionsführer Prälat Leicht hinzugefügt hatte, durch die Vertagung die Möglichkeit erhalten, ihre Stellungnahme zu den politischen Fragen zu überprüfen⁸. Auf diese Weise waren Zentrum und BVP der Entscheidung über eine sofortige Anerkennung oder Ablehnung des Kabinetts enthoben.

In der um 17 Uhr beginnenden ersten Ministerbesprechung faßte Göring das Ergebnis des Gesprächs mit Perlitius und Bell wohl richtig dahin zusammen, daß das Zentrum „verstimmt sei, weil es über die Entwicklung der Lage [durch Papen] nicht orientiert worden sei“. Als seinen Eindruck fügte der Minister hinzu, das Zentrum erwarte, daß die „jetzige Reichsregierung“ der Partei „ein gewisses Entgegenkommen zeige“⁹. Dieses Stichwort nahm Hitler auf. Er wies in Abweichung von Hugenberg's Einwand gegen eine Einbeziehung dieser Partei in die Regierung in geschicktem Eingehen auf dessen Warnung vor „jeder Brüskierung“ des Zentrums darauf hin, daß eine – offensichtlich von ihm als mögliche Vorbereitung zu der von vornherein geplanten Parlamentsauflösung¹⁰ ins Auge gefaßte –

⁶ In der „Germania“ Nr. 31 vom 31. Januar hieß es, von NS-Seite sei als Zweck dieser „ersten Fühlungnahme“ bezeichnet worden, „eine Erklärung über die politische Lage entgegenzunehmen“. Nach der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 31. Januar hatten die beiden Minister die Zentrumsvertreter aufgesucht und über die Regierungsbildung unterrichtet. Das offizielle Mitteilungsblatt „Das Zentrum“, 4. Jg., Nr. 1/2, 1933, S. 9 sprach ohne weitere Angaben von einer „kurzen informatorischen Besprechung“.

⁷ Die „Frankfurter Zeitung“ kommentierte am 31. Januar, ein Eintritt von Zentrumsvertretern in das Kabinett komme „nicht mehr in Betracht, denn sicherlich könnten sich die katholischen Parteien nicht etwa damit begnügen, den Reichsjustizminister zu stellen und auf solche Weise dem Kabinett sehr viel näherzutreten, als es vom Standpunkt der katholischen Parteien gerechtfertigt wäre“.

⁸ Vgl. Morsey, Zentrumsparität, S. 339. Es ist charakteristisch, daß die „Kölnische Volkszeitung“ die von Bell und Leicht vorgebrachten Begründungen für die Vertagung ihren Lesern nicht mitteilte.

⁹ Vgl. das Protokoll der Ministerbesprechung im Bundesarchiv Koblenz, R 45 I/1459; in englischer Übersetzung gedruckt in: Documents on German Foreign Policy 1918–1945, Series C, Vol. I. London 1957, S. 5 ff. Dazu Morsey, Zentrumsparität, S. 340, und Bracher, Machtergreifung, S. 47.

¹⁰ Vgl. Goebbels' Tagebucheintragung vom 29. Januar: „Eine unserer Hauptbedingungen ist, daß der Reichstag aufgelöst wird.“ Joseph Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. 19. Aufl. München 1937, S. 250.

„freiwillige“ Vertagung des Parlaments „ohne Mithilfe des Zentrums“ nicht möglich sei. Im übrigen verschob Hitler nach einem Einwurf des Reichskommissars Gereke, „daß das Zentrum die Regierung nicht werde tolerieren wollen“, jede Entscheidung mit dem Hinweis, daß er am Vormittag des folgenden Tages mit deren Vertretern „Fühlung nehmen wolle“. Eine entsprechende Erklärung gab Frick am gleichen Abend vor der Presse ab.

In der hier angesprochenen Verhandlung ging es um die Frage der Tolerierung der Regierung in irgendeiner Form oder – wie es die „Frankfurter Zeitung“ umschrieb – um die Bedingungen einer „ausdrücklichen oder stillschweigenden Mitwirkung“ des Zentrums an Hitlers „Regierungsexperiment“¹¹.

Als neuer Beitrag zu den Anfängen der „Machtergreifung“ und als aufschlußreiche Ergänzung der uns vor Jahresfrist zugänglich gewesenen Quellen kann hier ein vom Fraktionsvorsitzenden Perlitius unterschriebenes Protokoll über die Verhandlungen am Vormittag des 31. Januar¹² veröffentlicht werden (Dok. Nr. 1a)¹³. Parallel dazu wird das ebenfalls bisher nicht publizierte Protokoll der Sitzung des Fraktionsvorstands der Zentrumsparlei vom Nachmittag des 31. Januar abgedruckt¹⁴, das vom Generalsekretär des Zentrums, Heinrich Vockel (M.d.R. seit 1930), angefertigt ist und gegenüber der erstgenannten Niederschrift bemerkenswerte Abweichungen aufweist (Dok. Nr. 1b). Diesen beiden Berichten wird schließlich Hitlers Version über die Verhandlungen, die er in der Kabinettsitzung am Nachmittag des gleichen Tages gab, angefügt (Dok. Nr. 2). Zusammen mit den zur Kommentierung herangezogenen Protokollen von zwei Sitzungen der Zentrumsfraktion am Nachmittag und Abend des 31. Januar sowie mit offiziellen Verlautbarungen des Zentrums lassen diese Quellen wie in einem Brennspiegel das geschickte Taktieren Hitlers, mit dem er das Zentrum ausmanövrierte, erkennen.

Dokument Nr. 1

31. Januar 1933, 11 Uhr: Unterredung des Reichskanzlers Hitler
und des Reichsinnenministers Frick
mit den Zentrumsführern Kaas und Perlitius

1a: Maschinenschriftliches Protokoll, von Perlitius unterschrieben. Am Kopf der eigenhändige Vermerk: „1. Exemplar“.

1b: Eigenhändiges Protokoll (Vockel) über die Vorstandssitzung der Zentrumsfraktion am Nachmittag des 31. Januar 1933¹⁵.

¹¹ Leitartikel am 31. Januar 1933. – Ergänzend sei angemerkt, daß Einzeluntersuchungen über die Haltung der großen Zeitungen zu den Anfängen der NS-Regierung dringend erwünscht sind.

¹² Vgl. Morsey, Zentrumsparlei, S. 340f.

¹³ Das Original befindet sich im Bundesarchiv in Koblenz, Nachlaß Kaas.

¹⁴ Für die Überlassung einer Photokopie habe ich Herrn Staatsminister a. D. August Wegmann M.d.L. besonders zu danken.

¹⁵ Auf Kopfbogen des Reichstags geschrieben (4 Seiten). Abkürzungen sind im Abdruck aufgelöst, einige Absätze umgestellt, damit sie sinngemäß mit dem Dok. Nr. 1a korrespondieren.

Protokoll der Unterredung der Vertreter der Zentrumsparlei mit Herrn Reichskanzler Hitler am 31. Januar 1933 vormittags 11 Uhr.

Für Dienstag, den 31. Januar 1933, waren die Vertreter der Zentrumsparlei, Herr Prälat Kaas und Herr Dr. Brüning, zu Herrn Reichskanzler Hitler geladen. Für den schon seit einigen Tagen erkrankten Dr. Brüning¹⁶ nahm Dr. Perlitius an der Unterredung teil. Von den Nationalsozialisten war Herr Minister Dr. Frick zugegen.

Die Unterredung begann mit einer Pause, die Herr Prälat Kaas mit den Worten beendete: Herr Reichskanzler, wir sind gekommen, um von Ihnen Mitteilungen zu erhalten; wir haben zunächst nichts zu sagen.

Nach einleitenden Worten der Versicherung seiner Loyalität und stets ehrlichen Verhandlungsabsichten gegenüber der Zentrumsparlei entwickelte Herr Hitler

1. seine Auffassung über die Zwangslage, in der sich die parlamentarische Kräftegruppierung gegenwärtig befinde. Der Kommunismus mache eine Links- wie eine Rechtsregierung unmöglich. Eine wesentliche Änderung dieser Konstellation würden auch wiederholte Wahlen nicht bringen, da mit weiterem, wenn auch nicht beträchtlichem Anwachsen der kommunistischen Bewegung zu rechnen sei. Nazi und Sozi könnten nie zusammen regieren. Hitler erregt: die Vernichtung des Kommunismus, des Fremdkörpers im deutschen Volke, sei sein unabänderliches Ziel, das er bis zum letzten verfolgen wolle¹⁸. Der bestehende anormale (parlamentarische) Zustand müsse beseitigt werden. Unsympathisch sei ihm

¹⁶ Brüning hatte noch am 29. Januar zusammen mit Kaas einer Besprechung mit den BVP-Führern Prälat Leicht und Staatsrat Schäffer beigewohnt. In einem in der „Deutschen Zeitung“ Nr. 45 vom 28. Mai 1952 veröffentlichten Leserbrief Brünings heißt es: „Ich selbst konnte an den letzten Tagen vor Schleichers Sturz nichts mehr unternehmen, da ich mit hohem Fieber an einer schweren Bronchitis zu Bett lag.“

¹⁷ Siehe weiter unten.

¹⁸ Vgl. die entsprechenden Ausführungen Hitlers in der Kabinettsitzung am 30. Januar (s. Anm. 9).

Vorstandssitzung der Fraktion am 31. 1. 1933.

Kaas berichtet über seine und Perlitius' Besprechung mit Hitler-Frick.

Verliest den Entwurf der Fragen, die er mündlich vorgetragen und die er schriftlich dem Reichskanzler unterbreiten will¹⁷.

Kaas' Tendenz: aus Hitler herauszuhören, was er von der Situation, in der [er] operieren muß, paßt [sic!].

Einleitung: Haben Sie, Hitler, uns nichts mitzuteilen?

Hitler: Zuerst Loyalitätserklärung gegenüber dem Zentrum.

Dann: schildert Anormalität der parlamentarischen Verhältnisse, weil nach links wegen der Kommunisten keine Mehrheitsbildung möglich; dann für Hitler keine Mehrheitsbildung mit Sozis; aber: die Kommunisten können auch Mehrheitsbildung der Rechten verhindern.

trotz allem die zwangsweise Ausschaltung einer Gruppe von Volksvertretern, die Millionen Volk hinter sich habe; und doch müsse regiert werden, selbst nur auf eine Minderheit gestützt (cf. Papen); auch heute hätte das gedroht [sic!].

Einwerfend verwies Kaas auf seinen Sammlungsgedanken¹⁹, der bei den neuesten Verhandlungen gänzlich unbeachtet geblieben sei²⁰, worauf Hitler erwiderte, daß das nicht seine Schuld sei. Er habe schon früher seine Bereitwilligkeit gezeigt, mit dem Zentrum zusammenzugehen²¹ trotz furor protestanticus und ungeachtet der schweren gegenseitigen Bekämpfungen.

2. Auch jetzt wäre er noch bis in die letzte Stunde für eine Lösung mit dem Zentrum eingetreten²². Hitler erregt: am Montag, den 30. Januar 1933, hätte er vor den schwerwiegendsten Entscheidungen seines politischen Lebens gestanden. Er habe nur die Wahl gehabt zwischen einer Lösung mit ihm an der Spitze, die ihm vorgelegt worden sei, so wie sie sich in dem jetzigen Kabinett darstelle, oder einer Militärdiktatur ohne ihn. Um das Unglück, das sonst hätte kommen müssen, zu verhüten, habe er sich nach schwerem innerem Ringen für die Übernahme des Kabinetts in der ihm vorgeschriebenen Form entschieden. Er habe die Gefahr gesehen, die aus einer eventuellen Kampfgemeinschaft seiner Leute mit den Kommunisten auch für seine Bewegung erwachsen könne. (*Perlitius* wies auf den Verkehrstreik hin)²³.

Herr Prälat Kaas machte auf den reaktionären Charakter des Kabinetts und die

Hitler: Ich nur verantwortlich für den Nationalsozialismus; das andere sind Tatsachen, mit denen ich rechnen muß. Wenn ich diese Tatsachen nicht berücksichtigt hätte, dann nur Bajonettregierung, die gekommen wäre, wenn ich am 29./30. Januar mich nicht positiv entschieden hätte. Militärdiktatur stand bevor. Hitler sprach immer von Volksverbundenheit, gegen Bajonettspolitik.

¹⁹ Vgl. das Kapitel „Der Ruf zur Sammlung“ (1932), bei Morsey, Zentrumsparterie, S. 324ff. und den Kommentar der „Germania“ vom 31. Januar 1933: „Was jetzt . . . zustande gekommen ist, das ist nicht der Ausdruck dieser vom Zentrum erstrebten Sammlung.“

²⁰ In seinem Schreiben an Hitler vom 1. Februar (s. Anm. 2) sprach Kaas noch deutlicher vom Scheitern des „von mir seit langem mit innerster Überzeugung vertretenen Sammlungsgedankens der aufbauwilligen Kräfte“.

²¹ Hinweis auf die Verhandlungen zwischen der NSDAP und dem Zentrum im Sommer und Herbst 1932.

²² Diese wie auch die folgende Behauptung von der am 29./30. Januar drohenden Militärdiktatur brauchen hier nicht im einzelnen richtiggestellt werden.

²³ Bei der Berliner Verkehrsgesellschaft vom 3. bis 8. November 1932.

Gefährdung der deutschen Sozialpolitik durch einzelne Mitglieder des Kabinetts aufmerksam.

Hitler erregt: Er habe in einer unausweichbaren Zwangslage sich befunden und könne für Charakter und Zusammensetzung des Kabinetts keine Verantwortung übernehmen. Ihm sei die fertige unabänderliche (jetzige) Ministerliste vorgelegt worden. Seine Entscheidung wäre ihm aber in etwa erleichtert worden durch die unpolitische Besetzung des Reichswehrministeriums²⁴, das er sonst als wichtigstes für sich unter allen Umständen in Anspruch genommen hätte. Er trage nur die Verantwortung für seine Bewegung. Seine Partei gäbe durch ihre Anwesenheit im Kabinett wenigstens eine gewisse Volksverbundenheit.

3. Herr *Hitler* betrachte den jetzigen Zustand der Regierungsbildung nur als eine Ausgangsstellung, deren Verlängerung durch andere hinzutretende Parteien in Aussicht genommen wäre. Er habe deshalb den Herrn Reichspräsidenten bald davon unterrichtet, daß er, *H[itler]*, mit dem Zentrum Verhandlungen aufnehmen werde²⁵, wogegen Herr v. Hindenburg nichts einzuwenden hatte. Es sei ihm bekannt, daß den Deutschnationalen eine Erweiterung der Regierung durch das Zentrum nicht genehm sei und daß von diesen wie von Herrn v. Papen aufs heftigste dagegen angekämpft werde. Das seien Tatsachen, die er nicht aus der Welt schaffen könne.

4. Der Herr Reichskanzler fuhr fort, daß nun die Hauptfrage wäre, wie der Start ablaufen solle.

Herr Prälat *Kaas* benutzte diese Wendung in den Ausführungen des Herrn

Kombination nicht die *Hitlers*, sondern *Papens* und *Hugenbergs*. *Hitler* hat beabsichtigt abzulehnen. *Hugenberg* hat Zentrum ausschließen wollen, weil *Hugenberg* keine Parlamentsherrschaft will, die *Hugenberg* die Erreichung seiner Ziele nicht gelingen [lasse].

Hitler wollte überzeugen, daß ihm ein Schema, getragen von *Hindenburg* + *Hugenberg* = *Stahlhelm*, aufgezwungen worden ist. Eine Ablehnung dieses Schemas würde die sofortige Militärdiktatur bedeuten haben.

Regierungsbildung eine Unvollkommenheit, eine Ausgangsstellung, entspricht nicht seinen Intentionen, zur Erbreiterung [sic!] bereit – aber dem stehen die Deutschnationalen entgegen.

Kaas: Die Festlegung des personalpolitischen Kurses angeschrieben[sic!]:

²⁴ Vgl. dazu die in Weiterführung einer These von H. Krausnick (in: Die Vollmacht des Gewissens, München 1956, S. 208) neuerdings ausgesprochene Vermutung von Sauer (in: Die Machtergreifung: s. Anm. 1), S. 711, daß über die Besetzung des Reichswehrministeriums „schon frühzeitig eine Konsultation mit Hitler stattgefunden“ habe, die mit der Wahl *Blombergs* zu einem Kompromiß zwischen *Hitler* und *Hindenburg* führte.

²⁶ Vgl. oben (Anm. 4).

Reichskanzlers, um die Aussprache in das mehr konkrete Fahrwasser zu bringen. Herr Kaas brachte zum Ausdruck, daß nach der bislang festzustellenden Auffassung in unseren Parteikreisen nicht in Aussicht gestellt werden könne, daß die Zentrumsparlei sich an dieser Regierung beteiligen würde. Es könne niemandem zugemutet werden, sich mit dem Kaffeesatz zu begnügen, den andere übriggelassen haben.

Der Herr Reichskanzler lehnt erregt die Verantwortung dafür ab und weist im einzelnen nach, wie schlecht seine Partei bei der Verteilung der Ministersessel fortgekommen sei.

Kaas betont, um klar Stellung nehmen zu können, müsse man doch wissen, was für ein Programm die Regierung habe. Grundsätzlich gesehen käme es uns nicht darauf an, wer regiere, sondern was eine Regierung wolle und tue²⁶. Bisher sei darüber nichts bekannt geworden.

Überdies sei die letzte entscheidende Stelle für eine Stellungnahme seiner Partei der geschäftsführende Vorstand und die Reichstagsfraktion. Es wäre beispielsweise wichtig, über einige Fragen entscheidender Art die Absichten der Regierung kennenzulernen.

Wenn Reichswehrministerium²⁶ neutralisiert werden soll, dann gut; wenn politisiert, dann für Hitler selbst.

Kaas: „Zentrum denkt nicht daran, den Kaffeesatz auszutrinken, den andere übrig gelassen haben“²⁷.

[Hitler:] Außenminister und Finanzminister festgelegt.

Verkehrsminister } festgelegt.
Kriegsminister }

Seldte festgelegt.

Papen als Vertrauensmann des Reichspräsidenten festgelegt.

Hitler hat nur Reichskanzler, Innenminister im Reich und Preußen und Luftkommissar.

Justiz noch offen.

Hitler erklärt, daß er Arbeits- und Justizministerium für Zentrum vorgesehen habe bei normaler Besetzung.

Frage Hitler: ob Zentrum bereit sei, das Kabinett zu verlängern?

Frage der Tolerierung nicht erörtert: Kaas von sich aus gesagt: Frage: nicht wer toleriert wen, sondern wer toleriert was. Das Was müssen wir kennen.

Antwort: Entscheidung liegt bei Parteieninstanzen, die aber Unterlage über politischen Kurs haben müssen.

²⁶ Darüber geschrieben „festgelegt“.

²⁷ Dieser Satz folgt im Original, ebenso wie die als Entgegnung darauf wiedergegebene Äußerung Hitlers: „Sie haben doch Möglichkeit des Ausgleichs in Preußen“, erst später (s. Anm. 31).

²⁸ Ähnlich hatte Kaas in seinem Neujahrsaufruf von 1933 erklärt: „Wer in Deutschland führt, ist an sich herzlich gleichgültig. Wichtig ist nicht, was er ist, sondern nur, was er kann.“ Vgl. Morsey, Zentrumsparlei, S. 334. Der Wortlaut bei Horckenbach 1952, S. 425.

Herr Prälat führt einige Fragen an²⁹. Als Herr *Frick* hierüber für den Herrn Reichskanzler Notizen machen wollte, erbot sich Herr Prälat *Kaas*, die ihm bedeutsam erscheinenden Fragen zu fixieren und sie bis 5 Uhr nachmittags desselben Tages Herrn Reichskanzler zuzustellen. Herr *Reichskanzler* bat darum.

5. Um eine ungestörte Abwicklung der Regierungsarbeit zu ermöglichen, wurde von Herrn Hitler die Frage nach einer längeren Vertagung des Parlamentes auf etwa ein Jahr angeregt, was in durchaus verfassungsmäßigen Grenzen geschehen solle.

Herr Prälat *Kaas* hatte gegen eine so lange Frist Bedenken und gab zu erwägen, daß eine kürzere etwa gefünftelte Zeitspanne diskutabel sein könne, ohne sich positiv dazu einzustellen. Er wolle aber diese Frage in einem engeren Kreise erörtern lassen, wozu Herr Hitler seine Zustimmung gab³⁰.

6. Herr *Hitler* nahm noch einmal seinen Gedanken der Zusammenarbeit mit dem Zentrum auf und verwies im Hinblick auf die eingeeengte Bewegungsfreiheit im

Kaas: Sachliche Aufklärung über bestimmte Fragen, die *Kaas* auch schriftlich formulieren will²⁹.

Termin festgelegt – ebenso Antwort Hitlers.

Preußen: *Hitler* sagt: nichts ist verbaut.

„Sie haben doch Möglichkeit des Ausgleichs in Preußen“³¹.

²⁹ Vgl. oben (Anm. 17).

³⁰ Die Tatsache, daß die Frage der Vertagung – für Hitler die wichtigste Forderung (vgl. Dok. Nr. 2 und sein weiter unten angeführtes Schreiben vom 1. Februar an *Kaas*) – im Dok. Nr. 1b nicht erwähnt ist, legt die Vermutung nahe, daß *Kaas* darüber in der Vorstandssitzung nicht referiert hat, sondern die Behandlung dem „engeren Kreis“ vorbehalten wollte. Erst nach der Publikation des Antwortschreibens Hitlers vom 1. Februar an *Kaas* scheinen die Zentrumsabgeordneten von der geforderten Vertagung des Reichstags Kenntnis erhalten zu haben. In einer Sitzung der Fraktion am frühen Nachmittag des 2. Februar wurde auf Vorschlag des Abg. *Becker* „die Veröffentlichung der Aktennotiz [bezieht sich wohl auf das *Perlitius*-Protokoll] über die Anregung Hitlers einer 12monatelangen Vertagung des Reichstags“ beschlossen.

Im Gegensatz zu der von Hitler in den Mittelpunkt gerückten Vertagungs-Forderung heißt es in den „Mitteilungen der Industrie- und Handelsbeiräte der Deutschen Zentrums-partei“ Nr. 1 vom 10. Februar 1933, S. 2, daß der Gesichtspunkt einer „evtl. einjährigen Vertagung“ des Reichstags „nebenher am Schluß erwähnt“ worden sei. Auch hier habe sich Prälat *Kaas* in keiner Weise ablehnend verhalten, „sondern Vorschläge gemacht, wie man evtl. dieses Ziel in Intervallen erreichen könnte“. Ähnlich kommentierte „Das Zentrum“ (s. oben Anm. 6), S. 10, die Partei sei „vielmehr grundsätzlich bereit“ gewesen, der Regierung „auch in diesem Punkte entgegenzukommen“ und ihr die Möglichkeit „zur ruhigen Arbeit“ zu geben.

³¹ Über die Stellung dieses Satzes im Original s. Anm. 27.

Reichskabinett auf Kompensationsmöglichkeiten in Preußen, eine Frage, die er ausdrücklich in jeder Beziehung offengehalten habe.

„Preußen und Reich zusammensehen.“
 „Nicht nur Reichsjustizministerium
 sehen.“
 ...³²

31. 1. 33. Vockel

Mit einer nicht ganz deutlichen Bemerkung Fricks, daß möglicherweise das Kabinett schon in kürzester Frist entscheidende Schritte werde tun³³ müssen, schloß die Unterredung. Wir hatten dabei den Eindruck, als ob Herr Frick die vom Zentrum gestellten Fragen nicht bequem seien im Hinblick auf etwa bald bevorstehende Entschließungen des Kabinetts.

Da diese Bemerkung Herrn Fricks im Aufbrechen erfolgte, war keine Gelegenheit mehr, über ihren gemeinten Inhalt Klarheit zu bekommen³⁴.

Die Unterredung schloß 2 $\frac{1}{4}$ Uhr³⁵.

Über diese Unterredung wurde gemeinsam von Herrn Kaas, Frick und Perlitius ein kurzes Kommuniké abgefaßt, das der Presse übergeben wurde³⁶.

Perlitius³⁷

Unmittelbar nach dieser Besprechung beim Reichskanzler begaben sich Kaas und Perlitius in das Reichstagsgebäude, wo Perlitius um 13.15 Uhr eine Sitzung der

³² Hier endet die Wiedergabe des Referats von Kaas. Die Schlußsätze des Protokolls sind weiter unten im Text wiedergegeben.

³³ Berichtigt aus: „treffen“.

³⁴ In den in Anm. 50 erwähnten „Mitteilungen“ hieß es, daß die behandelten Fragen am Tage darauf „weiter besprochen und endgültig geklärt“ werden sollten. „So mußte man annehmen, obschon Herr Frick am Schluß der Besprechung den etwas mysteriösen Satz sprach, die Regierung könne sich unter Umständen zu plötzlichen Entschlüssen gezwungen sehen.“

³⁵ Richtig: gegen 15 Uhr. So auch „Frankfurter Zeitung“ vom 1. Februar 1933. Um 13.15 Uhr eröffnete Perlitius bereits eine Sitzung der Fraktion; s. unten.

³⁶ Darin hieß es, es habe „eine längere Besprechung über die nach Bildung der neuen Regierung geschaffene politische und parlamentarische Lage“ stattgefunden. „Prälat Kaas stellte in Vertretung der Zentrumsparlei eine Reihe von Fragen über den in Aussicht genommenen politischen Kurs der neuen Regierung. Die Beantwortung dieser Fragen, deren genaue Fixierung noch erfolgt, hat sich der Reichskanzler vorbehalten.“ Zitiert nach „Das Zentrum“ (s. Anm. 6), S. 10. Der in der „Frankfurter Zeitung“ vom 1. Februar 1933 veröffentlichte Wortlaut weicht geringfügig von diesem Text ab.

³⁷ Die Zeitschrift „Das Zentrum“ (s. Anm. 6), S. 13, kommentierte nachträglich: „Die Besprechung betraf die Stellung des Zentrums gegenüber dem neuen Kabinett. Prälat Kaas machte die Haltung der Zentrumsparlei von der Klärung gewisser grundsätzlicher Fragen abhängig, die in beiderseitigem Einverständnis nachträglich von Kaas schriftlich eingereicht worden sind.“

Zentrumsfraktion eröffnete³⁸ und das mit Frick vereinbarte Kommuniqué verlas. Danach erstattete Kaas einen kurzen Bericht über die von ihm gestellten „Vorfragen“, deren Beantwortung von Hitler zugesagt worden sei. Um 14 Uhr wurde die Sitzung³⁹ unterbrochen, nachdem Kaas noch eigens versichert hatte, „es werde nichts geschehen ohne Feststellung der Willensmeinung der Fraktion“.

Während des frühen Nachmittags erfolgte die Fertigstellung des von Hitler erbetenen „Fragekatalogs“. Es ist bisher nicht auszumachen, welche Abgeordneten an der Redaktion beteiligt waren. Da sich indes die Fragen ausschließlich auf das „Arbeitsprogramm“ der Regierung bezogen – und damit de facto an Hugenberg adressiert waren, den man im Zentrum noch eine Zeitlang für gefährlicher hielt als Hitler – liegt es nahe, an die Mitarbeit einiger führender Verbands- und Gewerkschaftsvertreter zu denken⁴⁰. Der Entwurf des Fragekatalogs wurde zum Schluß der Nachmittags-Sitzung des Fraktionsvorstands, nachdem Kaas seinen ausführlicheren Bericht erstattet hatte (s. Dok. Nr. 1 b), noch in einem Punkte geändert. Auf Anregung des Abg. Schetter, der die „Wünsche der Mittelstands- und Bauerngruppe der Fraktion“ zum Ausdruck brachte, wurde ein Passus über die Osthilfefrage gestrichen und dafür „Frage nach ‚Binnenmarkt und Außenhandelspolitik‘“ aufgenommen⁴¹. Das Protokollschließt: „Vockel⁴² bringt Brief um 4.45 Uhr nachm. zu Hitler.“ In einem kurzen Begleitschreiben wies Kaas darauf hin, daß er den bereits am Vormittag besprochenen Fragen „einige Ergänzungen sozial- und wirtschaftspolitischer Natur“ hinzugefügt habe.

Der Reichskanzler befand sich zu diesem Zeitpunkt in einer Ministerbesprechung, die um 16 Uhr in der Reichskanzlei begonnen und bereits vor dem auf 17 Uhr festgelegten Termin der Übergabe des Fragekatalogs die Möglichkeit weiterer Verhandlungen mit dem Zentrum negativ entschieden hatte.

Dokument Nr. 2

31. Januar 1933, 16 Uhr: Ministerbesprechung

Protokollführer: Ministerialrat Wienstein

Bundesarchiv Koblenz, R 43 II/289, Durchschlag, Auszug.

2. Politische Lage

Der Reichskanzler berichtete über den Verlauf seiner Besprechung am Vormittag des 31. Januar mit den Vertretern des Zentrums Prälat Dr. Kaas und Dr. Per-

³⁸ Vgl. „Frankfurter Zeitung“ vom 1. Februar 1933: „Die Zentrumsfraktion ist in den Mittagsstunden zusammengetreten, um über den Bericht der Herren Kaas und Perlitius zu beraten.“

³⁹ Von deren Protokoll liegt mir eine Abschrift vor.

⁴⁰ Vgl. a. a. O.: „Inzwischen [während der Fraktionssitzung] hatte die Fraktionsführung ... die Fragen schriftlich fixiert.“

⁴¹ Dieser Passus lautete in der endgültigen Formulierung: „Wie denkt die Reichsregierung einen gerechten Ausgleich zwischen der Förderung des deutschen Binnenmarktes und der lebensnotwendigen Ausfuhr zu sichern?“

⁴² Berichtigt aus: „Kaas“.

litius. Die Vertreter hätten ihm erklärt, sie wollten jetzt nicht in die Reichsregierung eintreten. Eine Tolerierung des Kabinetts durch das Zentrum erscheine ihnen nicht unmöglich.

Er, der Reichskanzler, habe sogleich⁴³ an die Herren des Zentrums die Frage gerichtet, ob sie mit einer langen Vertagung des Reichstags vielleicht um 1 Jahr einverstanden sein würden. Er habe die Antwort erhalten, daß das Zentrum nicht sofort in eine Vertagung auf ein ganzes Jahr werde einwilligen können, sondern nur einer Vertagung jeweils von höchstens 2 Monaten werde zustimmen können. Immerhin sei es nicht ausgeschlossen, daß auf diese Weise insgesamt eine Vertagung auf ein Jahr möglich sei⁴⁴. Eine derartige Haltung des Zentrums werde aber von der Beantwortung einer Reihe von Fragen abhängig sein, die Prälat Kaas ihm, dem Reichskanzler, im Laufe des heutigen Tages schriftlich niedergelegt übersenden wolle. Wie Prälat Kaas noch weiter ausgeführt habe, könne eine Koalition für das Zentrum nur dann in Betracht kommen, wenn man Preußen einbeziehe⁴⁵. Die Vertreter des Zentrums hätten bei der Unterredung nicht bestreiten können, daß hinter der jetzigen Reichsregierung ein sehr großer Teil des deutschen Volkes stehe.

Das Ergebnis der Unterredung mit den Vertretern des Zentrums wolle er noch einmal dahin zusammenfassen, daß eine sichere Vertagung auf ein Jahr nicht zu erreichen sei. Vielleicht könne er über den Verlauf der Unterredung und die weitere Entwicklung der politischen Lage noch einmal mit Herrn Reichsminister Dr. Hugenberg persönlich sprechen.

Der Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft [Hugenberg] erklärte sich zu dieser Unterredung sehr gern bereit.

Der Reichskanzler führte weiter aus, daß er es für möglich halte, bei Neuwahlen 51% des Reichstags hinter die jetzige Reichsregierung zu bekommen. Er habe am Morgen des 31. Januar mit einer Reihe von Gauleitern der NSDAP gesprochen, die das auch bestätigt hätten. Nach seiner Ansicht hätten weitere Verhandlungen mit dem Zentrum keinen Zweck, so daß Neuwahlen unvermeidlich sein würden⁴⁶.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichskommissar für Preußen [Papen] führte aus, es sei am besten, schon jetzt festzulegen, daß die kommende Wahl zum Reichstag die letzte sein solle und eine Rückkehr zum parlamentarischen System für immer zu vermeiden sei.

Der Reichskanzler erklärte, er wolle folgende bindende Versprechungen abgeben:

- a) Der Ausgang einer Neuwahl zum Reichstag solle keinen Einfluß auf die Zusammensetzung der jetzigen Reichsregierung haben,
- b) die nun bevorstehende Wahl zum Reichstag solle die letzte Neuwahl sein. Die Rückkehr zum parlamentarischen System sei unbedingt zu vermeiden.

Der Reichsminister der Finanzen [Schwerin-Krosigk] wies darauf hin, daß durch die Abstimmungen in den Ausschüssen des Reichstags für die Reichsregierung

⁴³ Nach Dok. Nr. 1 und den in Anm. 30 erwähnten Zentrumscommentaren demgegenüber erst gegen Schluß der Besprechung.

⁴⁴ Hier liegt eine Verkehrung der Tatsachen vor, da die Beantwortung der Fragen für die Zentrumsfraktion eine Grundlage für etwaige Verhandlungen über eine Tolerierungspolitik abgegeben hätte, nicht aber automatisch für eine langfristige Vertagung des Reichstags.

⁴⁵ Nach Dok. 1a und 1b stammte dieser Vorschlag von Hitler – was auch von der Sache her näherlag.

⁴⁶ Dieser Satz zeigt mit wünschenswerter Deutlichkeit, daß Hitler nicht gewillt war, überhaupt in ernsthafte Verhandlungen einzutreten. Ihm ging es um eine sofortige Reichstagsauflösung.

allmählich unmögliche Situationen entstanden. Die Regierungsparteien müßten sofort erklären, daß sie mit Rücksicht auf die politische Lage eine Vertagung der Ausschüsse verlangten. Sei diese Vertagung nicht zu erreichen, dann müßten die Vertreter der Regierungsparteien die Ausschüsse des Reichstags auflösen und auf diese Weise beschlußunfähig machen.

Bedenken gegen diesen Vortrag des Reichsministers der Finanzen wurden nicht geäußert.

Der Reichskanzler verlas hierauf einen inzwischen eingegangenen Brief des Prälaten Kaas, der die von diesem in Aussicht gestellten Fragen an die Reichsregierung enthielt. Der Reichskanzler erklärte, es sei nicht möglich, jetzt in die Details einzugehen. Ein befriedigendes Eingehen auf die einzelnen Fragen werde, wenn man es wirklich wolle, eine Arbeit mehrerer Wochen bedeuten. Nach seiner Ansicht könne eine sachlich eingehende Antwort nicht erfolgen. . . .⁴⁷

Während damit die von seiten Hitlers als Scheinverhandlungen geführten Besprechungen mit der Zentrumsführung endgültig abgebrochen waren⁴⁸, verhielt sich das Zentrum zunächst noch abwartend. In einer um 18.15 Uhr eröffneten Fraktionssitzung gab Kaas „Kenntnis von dem Schreiben, das von ihm namens der Fraktion an den Reichskanzler gerichtet worden ist“ und knüpfte daran „Ausführungen zur politischen Gesamtlage vom Standpunkt der Parteileitung“. In allgemein gehaltenen Formulierungen berichtet das Protokoll⁴⁹, der Vorsitzende habe den Kurs aufgezeigt, „den die Zentrumsparlei in Übereinstimmung mit ihrem Charakter als christliche und Verfassungspartei einzuschlagen habe“. Der daraufhin gefaßte Beschluß, eine „Entscheidung“ vorerst zu vertagen und nicht „früher als notwendig zu fällen⁵⁰“, zeigt, daß man sich immer noch der Hoffnung hingab, nicht gänzlich ausgeschaltet zu sein⁵¹. Hitlers Schreiben an Kaas vom folgenden Tage, ein taktisches Meisterstück in der berechneten Verkehrung der Argumente⁵² und in der zynischen Ausnutzung der Situation („[Da] die Zeit aber

⁴⁷ Dazu vgl. Morsey, Zentrumsparlei, S. 341, und Bracher, Machtergreifung, S. 48f.

⁴⁸ Vgl. Goebbels' Eintragung vom 31. Januar: „Von Verhandlungen mit dem Zentrum kann gar keine Rede mehr sein. Wir sprechen uns nach der Wahl wieder.“ Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, S. 254. Offiziell wurde mitgeteilt, der Reichskanzler habe dem Kabinett über seine Verhandlungen mit den Zentrumsvertretern berichtet; eine Beantwortung der „nunmehr formuliert vorliegenden Fragen“ sei noch nicht erfolgt; vgl. „Frankfurter Zeitung“ vom 1. Februar. Ferner Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. München 1954, S. 506.

⁴⁹ Von dem mir eine Abschrift vorliegt.

⁵⁰ Die „Kölnische Volkszeitung“ Nr. 32 vom 1. Februar 1933 kommentierte, die Zentrumsfraktion habe sich darauf beschränkt, „einen Bericht . . . Kaas' über die Entwicklung der letzten Tage entgegenzunehmen“. Bei der „vollkommenen Einheitlichkeit der Auffassungen“ habe die Fraktion „auf jede Debatte“ verzichtet; „zur Beschlußfassung lag noch kein Anlaß vor“.

⁵¹ Der zur Papenrichtung zählende frühere Zentrumspublizist Emil Ritter bezeichnete 1934 die Fragen des Zentrums als ein „Zeugnis der Entschlußlosigkeit und des Mißverstehens der Ereignisse“. Der Weg des politischen Katholizismus in Deutschland. Breslau 1934, S. 279.

⁵² Der erste Satz – nach einer Eingangsbestätigung des Kaas-Briefes – lautete: „Der Zweck der Unterhaltung war, zu klären, ob und unter welcher Voraussetzung das Zentrum bereit sein würde, der neuen Reichsregierung . . . eine für die Dauer eines Jahres zu be-

drängt und ich alle Möglichkeiten vor Gott und meinem Gewissen erschöpfen will . . .“), zog den Schlußstrich unter seine Besprechungen mit den Zentrumsführern, wobei er es nach außen hin geschickt verstand, andere Personen als Sündenböcke hinzustellen⁵³.

Die Zentrumsparlei, die dem neuen Kabinett keine Blankovollmacht ausstellen wollte, war „unter gewissen verfassungsmäßig wichtigen Einschränkungen“ bereit und „ernsthaft gewillt“ gewesen, der Regierung Hitler „Arbeitsmöglichkeit zu geben“ und ihr „entgegentzukommen⁵⁴“. Am Vormittag des 1. Februar hatte sie ihre politische Entscheidungsfreiheit zurückgewonnen. Hitler beantwortete den Fragekatalog des Zentrums mit der „Kriegserklärung“ der Reichstagsauflösung⁵⁵, die er noch am Abend des 31. Januar bei Hindenburg erreicht hatte, und dem Beschluß der Regierung, ein Ermächtigungsgesetz vorzubereiten. Die Zentrumsparlei aber ging – mit den Worten der „Germania“ vom 2. Februar – mit „reinem Gewissen“ in den Wahlkampf, der ihr letzter wurde. Der nachträgliche NS-Kommentar lautete: Das Zentrum habe sich dem „Appell des Führers“ und seiner Forderung nach einjähriger „Arbeitsfrist“ versagt und damit sein eigenes Grab gegraben⁵⁶.

Rudolf Morsey

messende Frist zur Arbeit ohne die Wechselfälle parlamentarischer Behinderungen[!] zu gewähren.“

⁵³ Vgl. „Frankfurter Zeitung“ Nr. 90 vom 3. Februar: „. . . können wir heute bestätigen, was wir schon gestern sagten, daß Hitler persönlich einem Abschluß mit dem Zentrum zuneigte, daß aber andere die Dinge überstürzten.“

⁵⁴ So „Das Zentrum“ (s. Anm. 6), S. 13, wo es u. a. weiter heißt: „Das Zentrum . . . hätte sich mit einer summarischen Antwort zufrieden gegeben, welche die Innehaltung der verfassungsmäßigen Grundlagen und Grundrechte sichergestellt hätte.“ Vgl. ferner Kaas' Schreiben an Hitler vom 1. Februar (s. Anm. 2), besonders den Satz: „Wenn ihre [der Zentrumsfragen] Beantwortung auch nur im wesentlichen den Anforderungen entsprochen hätte, die unser Gewissen zur Sicherung gegen verfassungswidrige, wirtschaftsschädigende, sozialreaktionäre und währungsgefährdende Experimente uns zu stellen befahl, würde die Zentrumsparlei . . . in uneigennütziger Sachlichkeit bereit gewesen sein, der Regierung die Arbeit zu ermöglichen . . .“ In dem in Anm. 30 erwähnten „Mitteilungsblatt“ hieß es (S. 2), das Zentrum sei bereit gewesen, „die Regierung arbeiten zu lassen“, und habe „gewisse positive Vorschläge zur Erreichung dieses Zieles“ gemacht.

⁵⁵ So „Frankfurter Zeitung“ vom 3. Februar.

⁵⁶ Gerd Rühle, Das Dritte Reich, Bd. 1. Berlin 1934, S. 32.